



Geht an:  
Diverse Medien

Bern, 28. Juni 2013

G:\DATEN\4049 NEU\PVBK\MEDIENMITTEILUNG\_ASP2014.DOC/CHS

## MEDIENMITTEILUNG

### ASP 2014: Abbau bei der Sicherheit ist inakzeptabel!

Heute hat die Berner Regierung ihre Massnahmen „Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014)“ kommuniziert. Die Polizei- und Militärdirektion sieht eine einzige Massnahme vor: **„Der bewilligte Bestand der Kantonspolizei Bern wird in drei Jahrest-ranchen um insgesamt 100 Stellen reduziert.“** (ASP-Massnahme 11.1).

Der Polizeiverband Bern-Kanton ist entrüstet ob dieser Massnahme. Seit Jahren wissen wir, dass wir nicht zu viele, sondern zu wenige Polizisten im Kanton haben. Überzeit, Wochenendarbeit lassen grüssen. In einem aufwändigen – vom PVBK mitgetragenen – Verfahren hat die Polizeidirektion die Thematik untersucht. Ergebnis war der Bericht „LOBENAR“, der ein Manko von 150 Stellen aufzeigte. Die daraufhin vom Grossen Rat geforderte und von Regierung unterstützte Stellenaufstockung wurde noch nicht vollzo-gen – im Gegenteil, immer wieder wurden wir vertröstet.

Bedauerlicherweise zeigt die Regierung nicht auf, wie sie die Stellen abbauen will. Sie zeigt aber nicht einmal ansatzweise, wer dann die Arbeit machen soll, die in diesen jährlich Hundertmann-Jahren erledigt wurde oder auf welche Tätigkeiten künftig verzich-tet werden soll. Im Gegenteil: sie schreibt: **„Diese Reduktion ist durch alle Abteilungen der Kantonspolizei zu tragen“**. Das hat nichts mit Aufgabenabbau, sondern nur mit Aus-quetschen des Personals zu tun. Weniger Leute sollen die gleiche Arbeit bewältigen.

Wie ein Hohn kommt uns vor, dass der Regierungsrat die Maßnahme als „tragbar“ er-achtet und sogar noch behauptet, das „belaste das Personal nicht zusätzlich“. Wir wer-den genau hinschauen, was die „vorgeschlagene neue Struktur“ – von welcher der PVBK heute erstmals aus den Medien erfahren hat – beinhaltet.

Der PVBK ist zutiefst enttäuscht von der Regierung. Er hofft auf den Grossen Rat und ruft diesen auf, auf diese Massnahme zu verzichten. Damit die Sicherheit im Kanton Bern auch weiterhin gewährleistet bleibt. Die Berner Polizistinnen und Polizisten werden nicht akzeptieren, dass dieses hohe Gut auf dem Steuersenkungs-Altar geopfert wird.

---

#### Für Rückfragen:

Polizeiverband Bern-Kanton

Dr. Markus Meyer, Präsident, Grossrat (Mobile 079 344 72 06)

# BEinfo: FLASH

Information für das Personal der bernischen Kantonsverwaltung

28. Juni 2013

(mso 400141)

## Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 ASP führt zu ausgeglichenem Budget 2014

Der Regierungsrat hat den Bericht zur Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) zuhänden des Grossen Rates verabschiedet. Das vorgeschlagene Gesamtpaket entlastet den Staatshaushalt jährlich zwischen 231 Mio. Franken (2014) bis 491 Mio. Franken (2017). Vorgesehen sind unter anderem ein Abbau beim kantonalen Leistungsangebot und Struktur Anpassungen. ASP stellt jedoch sicher, dass bis 2017 jedes Jahr Mittel im Umfang von 1,5 Prozent der Lohnsumme für den Gehaltsaufstieg zur Verfügung stehen. Gleichzeitig führt ASP mittelfristig zu einem Abbau von über 600 Vollzeitstellen.



In den letzten 20 Jahren haben Regierung und Parlament des Kantons Bern insgesamt 14 Sparpakete umgesetzt und damit jährlich wiederkehrende Haushaltsentlastungen von deutlich über einer Milliarde Franken ermöglicht. Dank dieser Massnahmen konnten zwischen 1998 und 2011 Überschüsse erzielt und Schulden abgebaut werden. Im Frühling 2012 zeichnete sich jedoch für die Jahre ab 2014 ein Defizit in der Grössenordnung von 400 bis 450 Mio. Franken und mehr ab. Gründe dafür sind unter anderem die schwierige Wirtschaftslage, Steuersenkungen, die Senkung der Motorfahrzeugsteuer und eine tiefere Gewinnausschüttung der Nationalbank. Weitere Gründe sind Lastenverschiebungen vom Bund an die Kantone kombiniert mit Mehrbelastungen im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich, die kaum beeinflussbar sind.

Wegen dieser Entwicklung hat der Regierungsrat im Juni 2012 eine umfassende Angebots- und Strukturüberprüfung eingeleitet (ASP 2014), um den Kantonshaushalt möglichst rasch wieder ins Lot zu bringen. Dabei geht es nicht darum, einen im Voraus bestimmten Betrag einzusparen, sondern für den Kanton Bern einen nachhaltig ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erreichen.

### Vertiefte Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts BAKBASEL

Basis für die ASP-Arbeiten des Regierungsrats war in einer ersten Phase die Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts BAKBASEL, das die Finanzsituation und das Dienstleistungsangebot des Kantons letzten Herbst untersucht hat. In einer zweiten Phase hat es sämtliche Aufgaben des Kantons mit dem Angebotsniveau anderer Kantone verglichen. Diese Abklärungen in 32 Aufgabenfeldern haben ergeben, dass der Kanton Bern sein durchschnittliches Kosten- und Angebotsniveau auf 92 Prozent des Schweizer Durchschnitts senken muss, um einen nachhaltig ausgeglichenen Kantonshaushalt zu erreichen.

Die Direktionen haben daraufhin Vorschläge gemacht, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Der Regierungsrat musste entscheiden, welche der vorgeschlagenen Massnahmen er verantworten kann. Zu diesem Zweck hat er zwei Töpfe geschaffen. Dem ersten Topf hat der Regierungsrat die Massnahmen zugewiesen, die in den meisten Fällen zwar hart, für ihn aber politisch vertretbar sind. In Topf zwei legte er Massnahmen, die er zwar geprüft hat, sie jedoch aus politischen Gründen ablehnt und deshalb auf deren Umsetzung verzichten will.

Insgesamt ergeben sich mit den Massnahmen des ersten Topfs Einsparungen zwischen 231 Mio. Franken (2014) und 491 Mio. Franken (2017). Gemäss dem aktuellen Planungsstand kann damit 2014 ein ausgeglichenes Budget erreicht werden.

### **1,5 Prozent für den Gehaltsaufstieg**

Wegen der Vielfalt und den besonderen Strukturen des Kantons Bern erachtet es der Regierungsrat nicht als sinnvoll, das Kosten- und Angebotsniveau in allen Bereichen auf 92 Prozent des Schweizer Durchschnitts zu senken. Deshalb braucht es weitergehende Massnahmen, um das angestrebte Sanierungsziel trotzdem zu erreichen.

Diese Massnahmen betreffen unter anderem auch den Lohnbereich. Der Regierungsrat ist sich aber bewusst, dass sich die Situation für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte nicht weiter verschlechtern darf. Deshalb stellt er trotz Einsparungen mit ASP sicher, dass in den kommenden Jahren Mittel für den Gehaltsaufstieg zur Verfügung stehen. Zwar wird das bisher geplante Lohnsummenwachstum für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte in den Jahren 2014 bis 2017 von bisher 1,5 Prozent auf je nach Jahr zwischen 0,7 und 1 Prozent gekürzt. Trotz dieser Kürzung sieht der Regierungsrat jedoch zusammen mit den Rotationsgewinnen in allen vier Planjahren Lohnmassnahmen im Umfang von je 1,5 Prozent vor. Rotationsgewinne entstehen, wenn eine Stelle – zum Beispiel durch eine Pensionierung – mit einer Person besetzt wird, deren Lohnniveau tiefer ist als dasjenige der Vorgängerin oder des Vorgängers.

### **Mittelfristiger Abbau von Stellen**

Die Massnahmen der ASP werden mittelfristig zu einem Abbau von über 600 Vollzeitstellen führen. Betroffen sind dabei insbesondere der Bildungs- und der Behindertenbereich, die Kantonspolizei, die Psychiatrie, die Steuerverwaltung und das Tiefbauamt (Strassenunterhalt). Bei vielen Massnahmen lassen sich die personellen Auswirkungen heute aber noch nicht abschliessend beurteilen.

Es ist nun Aufgabe der Direktionen, den Abbau von Stellen in den nächsten Wochen und Monaten mit den betroffenen Institutionen zu besprechen und die konkrete Umsetzung zu planen. Der volle Effekt des Stellenabbaus wird erst 2017 eintreten. Zudem konzentriert sich ein wesentlicher Teil des Stellenabbaus auf einzelne Bereiche. Deshalb besteht die Wahrscheinlichkeit, dass ein grösserer Teil des Stellenabbaus über natürliche Abgänge erfolgen kann. Der Regierungsrat wird sich dafür einsetzen, möglichst viele der betroffenen Mitarbeitenden über natürliche Abgänge oder kantonsinterne Stellenwechsel weiterhin beim Kanton zu beschäftigen und Kündigungen zu vermeiden.

### **ASP als insgesamt ausgewogenes Gesamtpaket**

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen ein breites Echo und die einzelnen Vorschläge bei den direkt Betroffenen Widerstand auslösen werden. Besonders betroffen sind unter anderen das Kantonspersonal und die Lehrkräfte. Beide tragen mit einer weiterhin ungenügenden Lohnentwicklung und einem Abbau von Stellen massgeblich zum Resultat bei. Die vom Regierungsrat beschlossenen Angebots- und Strukturanpassungen basieren indessen auf plausibilisierten Vergleichen der Leistungen anderer Kantone und berücksichtigen die Finanzkraft des Kantons Bern.

### **Weiteres Vorgehen**

Der Bericht geht nun zur politischen Beratung in die Finanzkommission. Der Grosse Rat wird sich im November 2013 zusammen mit den Beratungen zum Voranschlag 2014 zu ASP äussern. Nach der Beratung durch den Grossen Rat wird es darum gehen, die beschlossenen Massnahmen so rasch wie möglich umzusetzen. Die Kompetenz dazu liegt teilweise beim Regierungsrat. Für andere Massnahmen braucht es Gesetzesanpassungen. Es ist geplant, dem Grossen Rat im

Juni 2014 ein entsprechendes Gesetzespaket zur Verabschiedung vorzulegen, das per 1. Januar 2015 in Kraft treten soll.

Weitere Informationen (verfügbar am Freitag, 28. Juni 2013, ab 11.00 Uhr): [www.be.ch/asp](http://www.be.ch/asp)